

Altersarmut droht

In diesem Jahr gibt es Bundestagswahlen. Schon jetzt werden viele Versprechungen gemacht. Wie es oft nach den Wahlen aussieht, kann man gerade auch in unserer Stadt sehen. Vor der Kommunalwahl wurde „viel versprochen“, danach wurde „viel gebrochen“. Die Betroffenen sollten sich nicht alles gefallen lassen. Wir alle sind gefordert, Stellung zu beziehen, wenn es notwendig ist. Die Kommune trägt auch eine große Verantwortung im sozialen Bereich. Dafür fehlt ihr oft das Geld, weil sie dafür finanziell nicht richtig ausgestattet ist. Beispiel: Altersarmut.

Um der steigenden Armut nach dem Ende der Berufstätigkeit zu begegnen, muss natürlich das Rentenniveau dringend erhöht werden.

Entspannt den Ruhestand zu genießen, das dürfte bei der derzeitigen

Rentenpolitik den allermeisten Menschen dieses Landes verwehrt bleiben. Viele fragen: Wie lange muss ich eigentlich arbeiten und was muss ich verdienen, um im Alter einmal annähernd so leben zu können, wie heute?

Die Antwort: Immer länger - und das selbst bei einem guten Verdienst.

Es heißt: „Nur“ 2,7% der Altersrentnerinnen und -rentner müssten zum späteren zum Sozialamt. Das waren im Dezember 2015 immerhin eine halbe Million Menschen (genau 536.121). Hinzu kommt aber eine weitere halbe Million Menschen, die als Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner schon vor ihrer Regelaltersgrenze von aktuell 65 Jahren und sechs Monaten Sozialhilfe beantragen mussten. Und die Anzahl dieser Menschen nimmt zu. Seit 2010 rutschten jährlich fünf Prozent mehr von ihnen in die Sozialhilfe. Seit dem Jahr 2000 hat sich deren Zahl verdoppelt, bei den Männern hat sie sich sogar verdreifacht.

Es heißt: Bei den Älteren gäbe es eine sehr große Dunkelziffer von Menschen, die aus Scham oder anderen Gründen gar keine Grundsicherungsleistungen beantragen. Ihr Anteil soll bei 68% liegen.

Bezogen auf alle über 65-jährigen, die Altersrente beziehen, ergibt sich somit insgesamt eine Zahl von rund 1,7 Millionen Menschen, die eigentlich Anspruch auf die Grundsicherung im Alter hätten.

Viele Berechtigte beantragen sie aber nicht.

Für viele Ältere, die nur knapp über der offiziellen Bedürftigkeitsschwelle liegen, sind Behördengänge und die komplizierten Informationspflichten oft nicht alleine zu leisten oder schlicht abschreckend. Häufig sind es aber auch Stigmatisierung und verunsichernde Informationen über Schongrenzen beim Vermögen (Müssen meine Kinder für mich zahlen? Muss ich mein Auto verkaufen?) oder die reale Sorge, in eine „angemessene Wohnung“ umziehen zu müssen und damit den oft jahrzehntelangen Lebensmittelpunkt und bestehende soziale Kontakte zu verlieren. Die Höhe der Einkünfte, bis zu denen man überhaupt Grundsicherung beantragen kann, ist mit ca. 800 Euro viel zu niedrig bemessen. Das ist zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel! Manche hoffen: „So schlimm wird es schon nicht werden.“ Wir empfehlen einen Besuch bei der hiesigen „Speisekammer“ und Gespräche mit den dortigen Helfern und Nutzern.

Wieso, weshalb, warum?

In Österreich erhalten Ruheständler 14 Monatsrenten. In Deutschland sind es nur zwölf. In Österreich kam ein langjährig versicherter Mann 2013 auf eine durchschnittliche Rente von 1560 Euro. Rechnet man die dort 14 auf 12 Monatsrenten um, sind es gar 1820 Euro, in Deutschland waren es 1050 Euro.

In Österreich werden Mini-Renten, die nicht zum Leben reichen, auf etwa 12000 Euro im Jahr aufgestockt, in Deutschland nicht mehr.

Wieso blicken deutsche Politiker nicht mehr nach Österreich?



Armut auf dem Vormarsch - dieses Thema gehört auch ins Stadtparlament

Im März legte der Paritätische Gesamtverband seinen Armutsbericht vor. Darin kommt er zum Schluß, dass die Armut in Deutschland sich weiter ausgebreitet hat und mit knapp 13 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben müssen, einen neuen Höchststand erreicht hat. Fast jeder sechste Bundesbürger ist arm, in Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet schon jeder fünfte. Südhessen und das Rhein-Main-Gebiet haben mit rund 13% noch eine vergleichsweise geringe Armutsquote, aber auch hier zeigt sich eine ansteigende Tendenz. Hervorgehoben wird, dass sich die Verarmung, im Gegensatz zu früher, von der Wirtschaftsentwicklung komplett abgekoppelt hat. So hatte z.B. der gesamtwirtschaftliche Erfolg der BRD in den letzten 10 Jahren keinen positiven Einfluss auf die Armutsentwicklung. Der von den bürgerlichen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern regelmäßig gepriesene „Fahrstuhleffekt“, laut dem eine positive Wirtschaftsentwicklung letztlich allen Bereichen der Gesellschaft zu Gute kommt und alle zusammen wie in einem Fahrstuhl nach oben fahren, ist ausgeblieben. Stattdessen zeigt sich eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft. Zu den Gruppen mit hohem Armutsrisiko gehören Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Erwerbslose, Geringqualifizierte sowie Ausländer und Migranten. Besonders stark nimmt die Armutsquote derzeit bei den Rentnern zu (vgl. Seite 1). Auch unter den Beschäftigten steigt sie, weil der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet wurde und (oft gezwungenermaßen) Teilzeitbeschäftigung zunimmt.

Über die Auswege aus der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft will der Paritätische Ende Juni auf seinem Armutskongress in Berlin diskutieren. Im Bericht wird dazu u.a. betont, dass eine Anhebung des Mindestlohnes und der Rückbau des Niedriglohnsektors notwendig sind. Nach Beobachtung des Paritätischen wird in der heutigen zugespitzten



*Die 8 Reichsten würden in einen Kleinbus passen. Sie fahren nicht Bus.
Sie besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
Vor einem Jahr waren es noch 62. Sie wollen noch reicher werden.
Dafür ist ihnen kein Raub zu schade, kein Krieg und keine sonstige Schweinerei.
Ihre Medien hetzen die Lohnabhängigen gegeneinander: die Arbeitslosen gegen die Rentner, gegen die Flüchtlinge, gegen die Kolleginnen und Kollegen.
Wer sich nicht genauer informiert, fällt leicht auf ihre Lügen herein.
Wer wissen will, was wirklich auf der Welt passiert, sollte als ersten Schritt die Kundgebung des DGB im Bürgerhaus besuchen und sehen, er oder sie ist/sind nicht allein.*

Kundgebung 10 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

Mitwirkende:

Prof. Reiner Diederich

Ehem. Fachhochschule Frankfurt

Petra Schmidt

Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau

Marlene Schwarz

(Kabarettistin) alias Hertha Wacker, eine Frau aus dem Odenwald

Eine Flüchtlingshelferin erzählt

Grußwort des Bürgermeisters

Heinz-Peter Becker

Renate Richter

war lange Jahre Schauspielerin am Berliner Ensemble.
Eine exzellente Interpretin von Brechts Werken.

Parteien und Vereine stellen ihre Arbeit vor.

Für Essen und Getränke wird gesorgt.

Saalöffnung ist um 9.30 Uhr



V.i.S.d.P.: Erich Schaffner,

DGB Ortsverband Mörfelden-Walldorf, April 2017

politischen Situation wieder eher auf die Mahnvor einer auseinanderdriftenden Gesellschaft gehört und die Forderung nach mehr Gleichheit nicht mehr einfach als „ideologiegeleitet“ abgetan: „Spätestens mit dem Erscheinen der Pegida-Bewegung und neuer Demagogen am rechten Rand fühlen sich mehr und mehr Akteure im öffentlichen Diskurs angehalten, sich dem Faktum einer zunehmenden Ungleichheit und einer tiefen sozialen Verunsicherung der Menschen bis in die Mittelschichten hinein zu stellen.“

So gut eine Diskussion um Ungleichheit und soziale Sicherheit auch ist, letztlich steht und fällt die Eindämmung der Armut mit der Bereitschaft, den Reichtum auch anzutasten. In unserem Land steht allerdings eher Reichtumsförderung als Armutsbekämpfung auf der Tagesordnung. Wir sagen bei jeder Gebührenerhöhung: „Die Armutsentwicklung macht um unsere Stadt keinen Bogen!“. Doch auch die Neuen im Rathaus wiegeln ab: „Das hat nichts mit Kommunalpolitik zu tun!“ Sie täuschen sich!

Den neuen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sollte man in unserem Rathaus ernst nehmen!

Immer mehr Menschen merken: die Zukunft wird unsicher. Die Älteren denken an ihre Kinder und Enkel und sie spüren, es muss sich viel ändern, wenn es besser werden soll.

Die Armutsquote in Deutschland hat einen neuen Höchststand erreicht. Zu diesem Ergebnis kommt der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Fast 13 Millionen Menschen in Deutschland sind arm. „Deutschland hat mit 15,7% Armutsquote einen neuen Rekordwert seit der Wiedervereinigung erreicht“, heißt es. Als arm gelten Menschen, denen 60% oder weniger des mittleren Einkommens zur Verfügung stehen. Alleinerziehende sind besonders benachteiligt.

Einen starken Zuwachs der Armut weist der Bericht für Rentnerinnen und Rentner aus. Die Quote ist hier auf fast 16% gestiegen. Die Erwerbslosen sind mit 60% die größte Gruppe in der armen Bevölkerung.

Danach kommen die Alleinerziehenden mit 44%. Wer sich allein um seine Kinder kümmern muss, sei besonders benachteiligt. Die wirt-

schaftlichen Nachteile, die durch die eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten wegen Kindererziehungszeiten entstünden, seien enorm. . . . und es gibt weniger Geld für Schule und Sport.

(Vor Ort können wir da mitreden! Auch hier wurde an vielen Ecken gekürzt.)

Nicht-arme Eltern, so heißt es, geben durchschnittlich 360 Euro im Jahr für Schulmaterial oder Sportartikel ihrer Kinder aus. Arme Kinder bekämen dagegen aus dem Teilhabepaket nur 100 Euro. Dies zeigt, Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen sind massiv benachteiligt und werden abgehängt, so dass der erreichte Bildungsstand eines Menschen heute stark von seiner sozialer Herkunft abhängt. Dieser statistische Zusammenhang von Bildung und Herkunft wird sich noch weiter verschärfen.

In der heutigen Gesellschaftsordnung, in der die Reichen immer reicher



und die Armen zahlreicher werden, sind die Probleme nicht zu lösen. Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Vielleicht sollte man diese einfache Wahrheit mal den Sozialdemokraten sagen, die momentan so auf Martin Schulz abfahren. Bildung, Wohnen, gute Arbeit, eine auskömmliche Alterssicherung für alle und gute soziale Dienstleistungen - das sind die großen Felder, auf denen die Armut bekämpft werden muss. Wer dagegen wie bei uns die Grundsteuer B erhöht, die Kita-Gebühr erneut anhebt, am Stadtpass, der eine wichtige Sozialfunktion hat, „herumschnippelt“ und viele andere soziale Leistungen reduziert, handelt fahrlässig und grob unsozial.

Kein Geld für mehr Gerechtigkeit?

Geld ist da für Rüstung und Krieg

Angela Merkel bei Trump. Sie beruhigt ihn: Wir werden die Ausgaben für die Rüstung weiter hochfahren.

Deutschland hat seine Rüstungsausgaben im Jahre 2016 um mehr als zehn Prozent erhöht. Die Investitionen in Waffen, Munition, anderes Militärmaterial sowie Forschung und Entwicklung in diesem Bereich sind im vergangenen Jahr gegenüber 2015 um 500 Millionen Euro auf 5,1 Milliarden Euro gewachsen.

In diesem Jahr sollen die Ausgaben für die Bundeswehr sogar noch einmal erhöht werden: Der Haushalt 2017 sieht Investitionen von 37 Milliarden Euro in die Armee vor, knapp zwei Milliarden mehr als im vergangenen Jahr. Mit einer Steigerung von 5,4 Prozent legt der Wehretat damit wesentlich stärker zu als der Gesamthaushalt des Bundes. Der deutsche Wehretat soll bis 2020 gegenüber früheren Planungen um insgesamt 10,6 Milliarden Euro auf dann 39,2 Milliarden Euro wachsen. Jeder weiß, wer daran verdient.

Geld ist da, damit die Reichen reicher werden

Sie verdienen Millionen, Jahr für Jahr. Die Gehälter der Vorstandschefs von Dax-Unternehmen sind in 25 Jahren um 713 Prozent gestiegen. 2006 verdienten Chefs im Schnitt das 76-Fache ihrer Beschäftigten. 2011 war es schon das 90-Fache. Martin Winterkorn (VW) war mit 14,5 Mio. Euro Spitzenverdiener, gefolgt von Dieter Zetsche (Daimler) mit 8,1 Mio. Euro Jahresgehalt. Die Abfindungen im Top-Management sind pervers. Der Autozulieferer Schaeffler überweist Klaus Deller elf Mio. Euro - obwohl der Manager nicht einen einzigen Tag gearbeitet hatte. Peter Löscher kassierte für den vorzeitigen Abgang mehr als 17 Mio. Euro. Viele andere Beispiele stehen in den Medien: Bei Vattenfall war Klaus Rauscher Vorstandschef. Sein „Goldener Handschlag“: 5,5 Mio. Euro. Christine Hohmann-Dennhardt sollte als Vorstand den Abgaskandal bei VW aufarbeiten. Jetzt geht sie nach nur einem Jahr - und bekommt dafür bis zu 15 Mio. Euro Abfindung. Plus eine hohe Rente.



Fast 100 Menschen kamen in Groß-Gerau zusammen, um an Wilhelm Hammann zu erinnern, der vor 120 Jahren geboren wurde. Nicht nur unter Jugendlichen ist Wilhelm Hammann heute nahezu unbekannt, obgleich er nach dem 2. Weltkrieg der erste Landrat des Kreises Groß-Gerau war. Das liegt nicht nur daran, dass er schon 1955 gestorben ist, sondern vor allem wohl daran, dass er Kommunist war. Schon nach kurzer Zeit wurde er der amerikanischen Besatzungsmacht als Landrat unbequem und abberufen.

Bei der Gedenkveranstaltung wurden Erinnerungsberichte einiger seiner Schüler vorgelesen, die hervorhoben, dass er in einer Zeit, als Prügelstrafen in der Schule noch allgemein üblich waren, für respektvollen Umgang mit Kindern und deren Recht eingetreten sei.

Im Juni 1932 wurde Hammann wegen seiner führenden Rolle bei den Protesten gegen die Absetzung des

Mörfelder KPD-Bürgermeisters zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Zwei Monate später kam er wieder frei, weil er in den Landtag gewählt wurde. Als die Nazis im Frühjahr 1933 die Regierung übernehmen, gehört er zu den ersten, die verfolgt und verhaftet werden. 1938 kommt er dann ins KZ Buchenwald, wo er zuletzt Blockältester im Kinderblock 8 war und dort sogar heimlich Schulunterricht für die Kinder erteilt. Im April 1945 gelingt es ihm, unter Lebensgefahr hunderte Kinder vor der Ermordung durch die SS zu retten. Israellehrte ihn 1984 - fast 30 Jahre nach seinem frühen Tod - mit der Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“.

In Groß-Gerau erinnert eine kleine Straße in einem Neubaugebiet an den aus Biebesheim stammenden Lehrer und Politiker. Bei der Gedenkveranstaltung wurde Bertolt Brecht zitiert: „Der Mensch ist erst wirklich tot, wenn niemand mehr an ihn denkt.“

Gerade gelesen



Der dritte Anlauf

Es gilt, darüber nachzudenken, wie die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Demokratie sich in Zukunft entwickelt. Darüber hat sich Manfred Sohn, Dr. disc. pol., Jahrgang 1955, Gedanken gemacht. Er arbeitete 20 Jahre lang als Versicherungsangestellter und wurde als aktiver Gewerkschafter zum Personalrat und in den Aufsichtsrat des Unternehmens gewählt. Er war einige Jahre niedersächsischer Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE, von 2008 bis 2013 Mitglied des Landtages in Hannover.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit 2008 in Wellen das ganze kapitalistische Weltssystem durchschüttelt, nimmt und nimmt kein Ende. Dies unterstreicht die Bedeutung einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderung und damit einer neuen Sozialismuskonzeption, die die Ursachen für das Scheitern von 1989/91 verarbeitet. Dazu soll „Der dritte Anlauf“ einen Beitrag leisten. In ihm bündeln sich drei Gedanken. Zum einen bezieht Manfred Sohn in die historischen Lehren nicht nur die Sowjetunion und die DDR ein, sondern greift zurück bis zur Pariser Commune, der roten „Zeit der Kirschen“, als dem ersten Anlauf. Daraus entwickelt er die Notwendigkeit, einen neuen Sozialismus vor allem kommunal und dezentral zu konzipieren. Zweitens untersucht er die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen und legt dar, dass auch sie eine Abkehr von immer mehr Zentralismus nahelegen.

Schließlich verknüpft er seine konzeptionellen Überlegungen mit der Aufforderung, Sozialismus und Feminismus gemeinsam zu denken.

Das Buch ist nicht leicht zu lesen, da ständiges Nachdenken verlangt wird.

Das Buch erschien 2012 im PapyRossa-Verlag, hat 180 Seiten und kostet 12,80 Euro.

02.-05.
JUNI
2017

★
FESTIVAL
DER JUGEND



Frankfurt, Hauptstadt der US-Spione

In der Gießener Straße im Frankfurter Norden liegt das US-Generalkonsulat. In einem Gebäude, in dem früher das größte amerikanische Lazarett Europas untergebracht war. Heute gleicht das Haus eher einer Festung: hohe Mauern, Stacheldraht, Panzersperren, Kameras und Männer mit Maschinenpistolen, die patrouillieren.

Das US-Generalkonsulat in Frankfurt ist eine der größten CIA-Niederlassungen der Welt. Von hier aus werden Geheimgefängnisse geplant, Entführungen organisiert und Cyber-Attacken gestartet, konnte man lesen.

Das Generalkonsulat spielt eine besondere Rolle im weltweiten NSA-Überwachungsskandal. Hier, mitten in Frankfurt, würde eine Einheit des „Special Collection Service“ sitzen, die unter anderem in Berlin das Handy von Kanzlerin Angela Merkel ausspioniert haben soll. Bei James Bond war das jedenfalls altmodischer.

Die Erkenntnis, dass im Frankfurter US-Generalkonsulat Agenten operieren, hatte wahrscheinlich auch die Bundesregierung. Anders lässt es sich kaum erklären, dass der Verfassungsschutz im August einen Hubschrauber im Tiefflug über dem Gelände kreisen ließ, um hochauflösende Fotos zu

machen. Mit Hilfe dieser nach diplomatischem Maßstab bemerkenswert aggressiven Aktion wollten die Verfassungsschützer offenbar herausfinden, ob sich, ähnlich wie man es bei der Berliner US-Botschaft vermutet, eine Abhöranlage auf dem Dach befindet. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagt, „einzelne Liegenschaften bestimmter ausländischer Staaten“ würden „routinemäßig oder anlassbezogen vom Verfassungsschutz aus der Luft begutachtet“, und zwar im Rahmen der „Spionageabwehr“. Solche Einrichtungen gibt es also in unserem Land. Genau wie die in der Eifel gelagerten US-Atombomben und die vielen andere US-Militäreinrichtungen.

Was ist das für eine Welt? Man stelle sich nur einmal vor, Russland hätte im Wald bei Leipzig Atomwaffen gelagert.

An allem sind die Russen schuld

... das wissen wir natürlich, weil wir es dauernd gesagt bekommen.

Gabriel protestiert gegen Russen-Raketen in Rußland, sagt aber nix zum Nato-Aufmarsch an der russischen Grenze.

Irgendwo sind Computer gehackt worden - alles die Russen. Seit in den USA „getrumpelt“ wird, hat der „American Way of Life“ bei uns ein paar Schlaglöcher.

Klar, Geheimdienste arbeiten geheim, sonst wären es keine Geheimdienste.

Die Stasi, ein aufgelöster Dienst, war natürlich von der ganz schlimmen Sorte, bekommen wir gesagt.

Die anderen „schlimmen Finger“ bei der CIA, den Franzosen, den Israelis und alle anderen wären da natürlich auch zu nennen. Oder? Macht aber kaum einer. Jetzt wird wieder mal eine ordentlich Sau durchs Dorf getrieben: „In der Gießener Straße in Frankfurt sitzen die Oberhacker“ ... und die verstehen ihr Fach - hieß es. Mal sehen, was noch rauskommt über das Abhören mittels Fernseher und Wischtelefon. Wahrscheinlich nix.

Aber vielleicht ... sind ja doch die Russen schuld. Mal sehen ...



Am 8. März wurde weltweit der Internationale Frauentag begangen. In den Medien wurde gelegentlich auch an Clara Zetkin erinnert, die mit anderen den Frauentag begründete. Nach dem Ende der DDR hat man in

vielen Städten Straßennamen umbenannt, die an sie erinnerten (siehe auf: de.wikipedia.org/wiki/Clara_Zetkin). In Mörfelden und Walldorf verteilte die DKP/LL 400 Nelken u.a. in den Rathäusern, Kindertagesstätten und im Altenhilfezentrum. Dort arbeiten überwiegend Frauen. In der Karte hieß es u.a.: „Wir sind an jedem Frauentag in unserer Stadt mit Nelken unterwegs. Wir weisen darauf hin, dass für die Gleichberechtigung - gute Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen - noch viel getan werden muss.“

Danke für die zahlreichen Spenden, die wir erhielten!

Wir freuen uns über jeden Euro für den „blickpunkt“ und stellen auf Wunsch auch Spendenquittungen aus.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG, IBAN
DE37 5085 2553 0009 0034 19

Hinter Formularen der Muff von 100 Jahren

Wer die Reaktionen aus dem Rathaus zu den Widersprüchen gegen die Grundsteuer B liest, spürt, wieviel eiskalte Ignoranz den Bürgerinnen und Bürgern entgegen schlägt. Man benutzt gedankenlos Textbausteine, die schon immer für die Untertanen da waren. Was für eine bürokratische Muff kommt hier hoch.

Da gibt es kein Eingehen auf die Sorgen und Einspruchsgründe Einzelner. Sie werden alle über einen Kamm geschoren:

„Bedeutende“ Zitate aus diesem Schriftstück, die z.T. von Gerichten stammen, sind allemal lesenswert.

„...dass die Gemeinde ... sehr wohl berechtigt ist, die Grundsteuerhebesätze ohne Rücksicht ... zu erhöhen“. Punkt. „Eine gesetzliche Höchstgrenze für die Grundsteuer gibt es nicht.“

„Die Überwachung der Einhaltung der Haushaltsgrundsätze ist nicht Sache der Gemeindebürger.“

„Eine erdrosselnde Wirkung einer Steuer ist erst dann anzunehmen, wenn nicht

nur ein einzelner Steuerpflichtiger, sondern die Steuerpflichtigen ganz allgemein ... die Steuer nicht mehr aufbringen können.“ Man sieht keine Anhaltspunkte dafür, dass die Betroffenen „auch nur annähernd an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gelangt sind“.

Solche energischen Sätze wünscht man sich doch, wenn es um Gewerbesteuern und die Besteuerung der Superreichen geht.

Am Schluss der Bescheide aus dem hiesigen Amt für Finanzen steht dann der wichtige Satz, der vielen Hoffnung machte, sein Anliegen noch mal ausdrücklich vortragen zu können:

„Ein Termin zur mündlichen Anhörung wird Ihnen gesondert mitgeteilt!“

Die diesen Satz am 27. Februar 2017 formulierten, wussten aber schon, was am 3. März 2017 nachgeschickt wurde: „Ich werde Sie allerdings nicht zu einer Anhörung vor dem Ausschuss zur Anhörung über Widersprüche einladen ...“. Noch Fragen?

Von wegen „frischer Wind“

Vor einem Jahr war die Kommunalwahl. Vor allem die angetretenen Freien Wähler versprachen „Frischen Wind“ und wurden auch gewählt.

Kurz vor der Kommunalwahl gab es eine Kampagne gegen die damalige Erhöhung der Grundsteuer B. Über 800 Widersprüche gab es. Viele der damals so zornigen Bürgerinnen und Bürgern legten Widerspruch ein. Viele von ihnen wählten dann auch am 6. März 2016 die Freien Wähler. Jetzt hat die Stadt mit der Hilfe der „Finanzexperten der Freien Wähler“ die Grundsteuer B noch einmal erhöht. Die Wähler wurden regelrecht „verarscht“. „Noch mal Widerspruch einlegen - das bringt ja doch nix“, wurde uns gesagt. Viele der damaligen Protestwähler in unserer Stadt sind mittlerweile sehr enttäuscht von dieser neuen Gruppe im Parlament.

„Erst wollen sie keinen Stadtrat, dann übernehmen sie selbst.“ „Erst wollen sie keinen Sozialabbau, keine Steuerbelastungen und jetzt ...!“ Solche Sätze hörten wir oft.

Wir sagten dann meist lakonisch: „Der Drang zum Futtertrog war halt stärker.“ Bei der aktuellen Grundsteuer-B-Erhöhung waren es viel weniger Bürgerinnen und Bürger, die ihr Recht auf Widerspruch benutzten.

Diese Resignation, dieser wachsende Politik- und Politiker-Verdross haben die zu verantworten, die skrupellos den Bürgerinnen und Bürgern in die Taschen greifen.

Daran sollten wir uns erinnern, wenn man wieder mal beklagt, dass sich zu wenig Menschen für Kommunalpolitik interessieren.

Über 1000 protestierten

Die DKP/LL hatte auch diesmal wieder aufgefordert Widerspruch gegen die Grundsteuer B einzulegen und sie sammelte Unterschriften.

Nach unserer jetzigen Übersicht gab es über 170 Widersprüche, es wurden über 500 Protestunterschriften gesammelt, bei einer Online-Petition gab es zusätzliche über 360 Unterschriften.

Trotz Resignationstendenzen ein beachtliches Ergebnis, das man im Rathaus beachten sollte.

ANTRAG DER DKP/LL

Anhörungen zu den Widersprüchen durchführen

Die DKP/Linke Liste Stadtverordnetenfraktion beantragte die Anhörungen zu den Widersprüchen gegen die Bescheide zur Grundsteuer B im Widerspruchsausschuss durchzuführen.

In der Begründung heißt es:

Die Widerspruchsfrist gegen die Bescheide zur erneut massiv erhöhten Grundsteuer B ist abgelaufen. In Schreiben des Amtes für Finanzen an die Widerspruchsführerinnen und Widerspruchsführer heißt es abschließend: „... Da wir Ihrem Widerspruch nicht abhelfen können, legen wir diesen gem. § 73 VwGO i.V.m. § 7 HessAGVwGO dem Ausschuss zur Anhörung von Widersprüchen zur Entscheidung vor. Ein Termin zur mündlichen Anhörung wird Ihnen gesondert mitgeteilt.“

Allerdings soll es, wie man hört, auch diesmal - wie vor drei Jahren - keine Anhörungen geben. Wir halten es für falsch, erneut auf Anhörungen zu verzichten, nachdem auch diesmal wieder auf einen Anhörungstermin hingewiesen wird. Die Stadt ist gut beraten, die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und ihnen Gelegenheit zu geben, ihre persönlichen Beweggründe für den Widerspruch gegen die Erhöhung der Grundsteuer B im Widerspruchsausschuss darzulegen.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



Billigflieger: Mehr Lärm, mehr Dreck

Die Billigflieger kommen. Wurde dafür der Wald vernichtet und eine ganze Erholungslandschaft zerstört? Der Fraport waren die Flugbewegungen zu wenig. Man lockte mit niedrigen Gebühren die „Billigheimer“. Jetzt wird das Terminal 3 wohl zum Billigflieger-Zentrum. Das ist die ganz normale Profitsucht auf der Erde und in der Luft.

Mit seinem „Geschäftsmodell“ aus wenig Luxus, schnelleren Umlaufzeiten, zusätzlichen Einnahmequellen und „kreativen“ Beschäftigungsmodellen setzt der irische Billigflieger Ryanair seit langem die ganze Flugbranche unter Druck. Die deutsche Staatsanwaltschaft vermutet hinter dem Beschäftigungsmodell von Ryanair Steuer- und Sozialbetrug. Inzwischen

setzen auch andere Fluggesellschaften auf ähnliche Modelle.

Doch welche Folgen hat das? Welches sind die Auswirkungen auf die Sicherheit? Zahlt die Allgemeinheit den Preis für die billigen Tickets? „Eines Tages sollen alle Tickets bei uns kostenlos sein“, sagt der Ryanair-Chef.

... und wer zahlt letztlich den Preis?

ZUSCHRIFT



Die Entrüstung vieler aus Mörfelden und Walldorf ist groß. Nachdem die SPD-FW-FDP-Koalition die Grundsteuer B zum x-ten mal erhöht hat, sind die davon Betroffenen entweder aufgebracht oder deprimiert. Da Wohnungsvermieter eine Grundsteuererhöhung auf die Mieter umlegen können, werden sich zwangsläufig die Mieten erhöhen. Und das bei einem Wohnungsmarkt in unserer Stadt, der ohnedies schon angespannt ist. Der knappe noch bezahlbare Wohnraum wird mit derlei Methoden auf kurz oder lang vollends eliminiert. Könnte man zynisch sagen: „Vielen Dank, ihr neuen Rathaus-Herren!“ Um der Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, haben viele Widerspruch eingelegt.

Mit einem Antwortschreiben vom Amt für Finanzen wurden diese dann u.a. wie folgt belehrt: „In mehreren gerichtlichen Entscheidungen ... wurde bislang bestätigt, dass die Gemeinde im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsautonomie sehr wohl berechtigt ist, die Grundsteuerhebesätze

ohne Rücksicht auf eine Höchstgrenze zu erhöhen.“ Dasklingt fast wie die Drohung, 790 Prozent seien noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Zu lesen ist unter anderem außerdem noch: „Eine erdrosselnde Wirkung einer Steuer ist erst dann anzunehmen, wenn nicht nur ein einzelner Steuerpflichtiger, sondern die Steuerpflichtigen ganz allgemein unter normalen Umständen die Steuer nicht mehr aufbringen können.“

Ach so ist das! Ein Einzelner, dem eine derart gravierende Steuererhöhung den Halt unter den Füßen wegzieht, der möglicherweise dadurch in finanzielle Engpässe, in eine Notlage gerät, der gilt noch nicht als „erdrosselt“, sondern erst dann, wenn alle am Boden liegen. So viel „Fürsorge“ von Seiten der Stadt gegenüber ihren Einwohnern – „alle Achtung!“

Das Schreiben des Amtes für Finanzen endete übrigens mit folgendem Schlusssatz: „Ein Termin zur mündlichen Anhörung wird Ihnen gesondert mitgeteilt.“ Einige Tage darauf wurde tatsächlich „gesondert mitgeteilt“. Die Betroffenen erhielten Post mit dem Verweis, eine Anhörung in dem Widerspruchsverfahren werde es nicht geben.

Na wenn sich da mal keiner verarscht vorkommt! Was denkt sich die Verwaltung eigentlich bei solchen Verwaltungsakten? Dass die Bürger Mörfelden-Walldorfs bitter enttäuscht sind von dem „neuen Wind“ in ihrer Stadt ist nachvollziehbar, aber deswegen noch lange nicht hinnehmbar.

Volker Arndt

„Sache gibt's!“

Im Rathaus gibt es jetzt eine „Stabsstelle“. Im Stadtparlament wird die FW-Fraktion von einem Rommel geführt. Am 1. April wird das Rathaus vielleicht zum Headquarter?

Späße! Keine Militarisierung der Kommunalpolitik in Sicht und die Fastnacht ist vorbei. Außerdem kann der FW-Mann wirklich nix dafür, dass er so heißt.

Stabsstellen gibt es heute in Konzernen und Verwaltungen. Warum hier der Begriff aus alten Militaria-Läden eingeführt wird, weiß der Geier. Vielleicht ist alles auch nur eine „Wichtigtuerei.“



Es war mal wieder soweit, als im Frühjahr 1951 für viele Walldorfer Kleinbauern und Nebenerwerbslandwirten die Arbeit auf den Spargeläckern begann. Über den Spargelpflanzen musste wie jedes Jahr die Erde angehäuft werden. Somit entstanden die sogenannten Spargelbalken. In früheren Jahren geschah dies noch mühsam mit der Schippe. Aber Georg Klein ließ sich, wie auf dem Foto zu sehen, diese Arbeit schon von dem Landwirt Ludwig Jourdan mit Pferd und Pflug erledigen. Anschließend wurden die Balken noch mit dem Rechen bearbeitet und mit einem von zwei Leuten darüber gezogenen Sack (gefüllt mit Erde) geglättet. So konnte an warmen Sonnentagen der Spargel sprießen und ab Ende April bis Ende Juni geerntet werden. Danach musste sich die Pflanze erholen. Über den Spargelanbau und die damit verbundene Arbeit wurde an dieser Stelle schon ausführlich berichtet. Er war über Jahrzehnte auch in Walldorf und in Mörfelden bei den vielen Kleinbauern eine willkommene Aufbesserung ihres Arbeitslohnes und der oft niedrigen Rente. Seit den 1970er Jahren erfolgt der Spargelanbau allerdings fast nur noch durch auswärtige Landwirte. Das Foto wurde aufgenommen hinter den Scheunen, die zu den Wohnhäusern in der Mörfelder Straße gehörten. Dort wohnte auch Ludwig Jourdan (rechts), 1914-1991, genannt nach Abraham „Hams-Lui“. Georg Klein 4. (links), 1877-1963, hatte dort seinen Acker. Er war in Walldorf „de Pumpe-Schorsch“, da vor seinem Grundstück (Langstraße/Ecke Kelsterbacher Straße) früher eine gemeindeeigene Pumpe stand.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

Irish-Folk-Session - Ein Treffen für Musiker
5. April 2017 - 19 bis 23 Uhr, Eintritt 1 €

Cocktailabend - Thema: GRÜN
7. April 2017 - 20 Uhr, Eintritt frei

Ri-Ra-Rost-Café
12. April 2017 - 14.30 bis 17.30 Uhr, Eintritt frei

Die schöne neue Welt des Internet
Interaktiver Vortrag mit Erik Tews
13. April 2017 - 20 Uhr, Eintritt frei

Spieleabend
18. April 2017 - 20 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
20. April 2017 - 20 Uhr, Eintritt frei

Bühne frei! - Offene Bühne im KuBa
22. April 2017 - 20 Uhr, Eintritt frei

Bal-Folk-Session - Ein Treffen für Musiker
26. April 2017 - 19 bis 23 Uhr, Eintritt 1 €

Quiz
28. April 2017 - 20 Uhr, Eintritt frei

Hörstück „In grüner Nacht“
Samstag, 29. April 2017 - 20 Uhr,
Eintritt: € 8,- / € 5,-

Unser Lexikon

Schbrisch

Bevor isch misch
uffreesch
is mers liewer egal.